

Schweden

Markus Johansson / Daniel Naurin

Ohne Übertreibung lässt sich das Jahr 2009 wohl als eines der anstrengendsten Jahre der schwedischen Europapolitik einordnen. Seit 1995, in das gleichzeitig die Europawahlen und eine ereignisreiche schwedische Präsidentschaft fielen, hat Schweden nichts vergleichbares erlebt. Die mediale Berichterstattung über die Europäische Union war besonders intensiv. Die großen Tageszeitungen richteten gut frequentierte Webseiten ein, die sich eigens mit EU-Angelegenheiten befassten und die ungewöhnlich viel Interesse hervorriefen. Im ersten Halbjahr 2010 schien die Intensität der EU-Berichterstattung nachzulassen und das allgemeine Interesse galt zunehmend eher den bevorstehenden Parlamentswahlen, die für den September 2010 angesetzt waren.

Die Vier-Parteien-Allianz aus konservativen Moderaten, der Zentrumspartei, der Volkspartei und den Christdemokraten, die seit 2006 besteht, hatte sich wiederholt dem europäischen Projekt verpflichtet und mehrfach verkündet, dass Schweden zum engen Kern der Europäischen Union gehören sollte. Mit den Europawahlen am 4. und 7. Juni 2009, der schwedischen EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2009 und der Wahlkampagne zu den schwedischen Parlamentswahlen im September 2010 boten sich gleich mehrere Möglichkeiten eine neue, aktivere Europapolitik zu bekunden.

Die neue EU-Kommission und die Euro-Krise

Nach der Wiederwahl Barrosos stand die Nominierung der weiteren Kommissionsmitglieder an, die von den nationalen Regierungen im Europäischen Rat vorgeschlagen werden müssen. Unter der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft wurde beschlossen, die formelle Nominierung erst nach der Ratifikation des Vertrags von Lissabon durchzuführen, sodass die neue Kommission von Anfang an nach den neuen Regelungen zusammengesetzt sein würde. Im Herbst 2009 trafen nach und nach die Personalvorschläge der nationalen Regierungen ein. Die schwedische Kommissarin Margot Wallström wurde nach zehnjähriger Amtszeit in Brüssel abgelöst. Einige Mutmaßungen rankten sich die Nachfolge, auch wenn es als verhältnismäßig sicher galt, dass es wieder eine Frau aus einer der Regierungsparteien sein würde. Die Wahl fiel auf die Europaministerin Cecilia Malmström, Mitglied der Liberalen Partei. Der ehemaligen Europaabgeordneten wurde in der neuen Kommission unter José Manuel Durão Barroso das Ressort für Inneres übertragen. Durch ihre Abberufung nach Brüssel musste die Spitze des Europaministeriums neu besetzt werden. Ihre Parteikollegin Birgitta Ohlsson folgte ihr auf den Posten der Europaministerin, eine Wahl, die in keiner Weise vorhersehbar oder offenkundig gewesen wäre. Birgitta Ohlsson genießt in ihrer Partei breite Unterstützung, gleichzeitig gilt sie aber auch als umstritten, da sie sich selbst innerhalb ihrer eigenen Partei und gegenüber der Regierung nicht mit Kritik zurückhält. Die Benennung fand zudem acht Monate vor den schwedischen Parlamentswahlen statt und es entzündete sich eine kleine Debatte über die Frage, ob sie aufgrund ihrer Schwangerschaft in den Sommermonaten überhaupt zur Verfügung stehen würde.

Übersetzt aus dem Englischen.

Die Wirtschaftskrise in Griechenland und die Reaktion der EU auf diese fanden ein breites Echo in den Medien im Frühjahr 2010. Schweden ist zwar kein Mitglied der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und folglich weniger stark von der Griechenlandkrise in Mitleidenschaft gezogen worden wie andere EU-Staaten, dennoch gab es Unsicherheiten über das Ausmaß der Euro-Krise auf die schwedische Wirtschaft. Gleichwohl haben die unerwartet guten schwedischen Wirtschaftszahlen im ersten Halbjahr 2010 dazu beigetragen, dass die Euro-Krise in der schwedischen Debatte als etwas wahrgenommen wurde, dass andere Staaten, nicht aber die Schweden in Mitleidenschaft zog.

Die öffentliche Meinung zur Europäischen Union

Seit dem Beitritt Schwedens zur Europäischen Union lässt sich in Meinungsumfragen beobachten, dass die Europäische Union über die Jahre zunehmend positiver bewertet wurde. Bereits seit 2002 gab es mehr Befürworter der schwedischen EU-Mitgliedschaft unter den mehr Schweden als Gegner. Im Herbst 2009 sprach sich sogar erstmals eine Mehrheit der Schweden für die EU-Mitgliedschaft aus (51 Prozent). Von einigen Beobachtern wurde diese Entwicklung als Mentalitätswandel gewertet. Die öffentliche Auseinandersetzung über die EU ist heute in der Lage, sich verstärkt auf Inhalte zu konzentrieren statt sich mit der existentielleren Frage auseinanderzusetzen zu müssen, ob Schweden überhaupt zur EU gehören soll oder nicht.¹ Die Umfragewerte liegen, unabhängig vom jeweiligen Umfrageinstitut, im Großen und Ganzen durchgängig über 50 Prozent.² Die Unterstützung für die EU ist heute größer als jemals zuvor, auch wenn – vermutlich der Wirtschaftskrise geschuldet – im Frühjahr 2010 eine unbedeutende Abnahme beobachtet werden konnte.

Bei der Frage nach der möglichen Einführung des Euro in Schweden zeigen sich allerdings größere Schwankungen in den Umfragewerten. Im Frühjahr 2007 war die Unterstützung für den Euro sogar geringer als noch zu Beginn des Jahrhunderts. Nach 2007 hat sich die öffentliche Meinung dann in relativ kurzer Zeit gewandelt und im Herbst 2009 sprachen sich mehr Schweden für eine Euro-Einführung als gegen eine solche aus. Eine so positive Stimmung gab es bis dahin lediglich einmal, nämlich kurz vor dem Referendum zur Wirtschafts- und Währungsunion im Jahr 2003. Diese war jedoch nicht von langer Dauer, im Frühjahr 2010 viel die Zustimmung für den Euro auf ein noch nie dagewesenes Tief und verlor in sechs Monaten über 15 Prozentpunkte an Unterstützungswerten.³ Diese Zahlen sind eindeutig eine Reaktion auf die globale Wirtschaftskrise, insbesondere auf die Schwierigkeiten der Euro-Länder und den speziellen Fall Griechenland. Vermutlich haben die Turbulenzen auf den Weltmärkten und die europäischen Antworten darauf das Vertrauen der Schweden in die europäische Wirtschafts- und Währungsunion geschwächt, sowohl in der Bevölkerung als auch bei den Eliten.

Die schwedische EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2009

Als die schwedische EU-Präsidentschaft die vorausgegangene tschechische EU-Präsidentschaft zum 1. Juli 2009 ablöste, wurde die Brüsseler Bühne von einer Atmosphäre der institutionellen und konstitutionellen Ungewissheit geprägt. Das neu gewählte Europaparlament konstituierte sich und die Nominierung der neuen EU-Kommission stand bevor. Doch damit nicht genug, es war außerdem unklar, auf welcher Vertragsgrundlage Entscheidungen in den nächsten sechs Monaten getroffen werden sollten. Wenig überraschend beeinträchtigten

1 Sören Holmberg: Nu har en majoritet svenskar mentalt gått med i EU, SIEPS 2010:5epa.

2 Beispielsweise Eurobarometer 72; Statistisches Amt Schweden (SCB): „EU – och euro-sympatier i maj 2010“.

3 Statistisches Amt Schweden (SCB): „EU – och euro-sympatier i maj 2010“.

diese Besonderheiten die Vorbereitung und reibungslose Durchführung der schwedischen EU-Präsidentschaft, der es vor diesem Hintergrund sowohl an Zeit als auch an Ressourcen für das Alltagsgeschäft fehlte.⁴ Die Wahlen zum neuen Europaparlament fanden im Juni 2009 statt und wie üblich sollte die Amtseinführung der neuen EU-Kommission möglichst bald folgen. Die Verzögerungen um die Personalie Barroso im Juli 2009 bereiteten der schwedischen Präsidentschaft Kopfschmerzen, da eine verspätete Amtseinsetzung einer arbeitsfähigen Kommission die Abläufe der Union als Ganzes zu beeinträchtigen drohte. José Manuel Barroso wurde schließlich für eine zweite Amtszeit bestätigt und die neue Barroso-II-Kommission konnte unter schwedischer Präsidentschaft nominiert werden.

Der Ratifizierungsprozess des Vertrags von Lissabon erhielt durch das „Ja“ im zweiten irischen Referendum am 2. Oktober 2009 neuen Schwung, indem es den Druck auf den polnischen und tschechischen Präsidenten verstärkte, nun ebenfalls den Vertrag zu unterzeichnen. Der schwedischen Präsidentschaft ist es schließlich mit diplomatischen Mitteln gelungen, den tschechischen Präsidenten Václav Klaus zur Unterschrift zu bewegen, der den Vertrag am 4. November nach der Aufnahme einer tschechischen Ausnahmeklausel zur Grundrechtecharta unterzeichnete. Bevor der Vertrag am 1. Dezember in Kraft trat, wurden noch die neu geschaffenen Ämter des EU-Präsidenten und der Hohen Vertreterin der EU für die Außen- und Sicherheit durch den Europäischen Rat besetzt. Die schwedische Präsidentschaft erhielt einiges an Lob dafür, dass die Einigung über diese Berufungen weitgehend spannungsfrei verlief – unabhängig davon, dass sich einige Beobachter enttäuscht über die Berufungen äußerten, die als wenig profilierte Persönlichkeiten galten. Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon erhöhte sich auch die Anzahl der Sitze im Europäischen Parlament, die Schweden senden nun zwei EU-Parlamentarier mehr nach Brüssel als bisher. Bei dieser Wahl entfielen je ein zusätzlicher Sitz auf die Piratenpartei und die Sozialdemokraten.⁵

Neben den institutionellen und konstitutionellen Herausforderungen war die schwedische Präsidentschaft mit einer weiteren Reihe von Prioritäten konfrontiert. Zu ihren Hauptaufgaben zählten Wirtschaft und Beschäftigung, der Klimawandel, das Stockholm-Programm, die Strategie für den Ostseeraum und schließlich die Nachbarschaftspolitik und Europas Rolle in der Welt. Diese Agenda bestand aus Altlasten der Vorgängerpräsidentschaften und umfasste eine Reihe von Herausforderungen, bei denen die schwedische Präsidentschaft versuchte ihrer Rolle als Agendasetzerin gerecht zu werden. Der Bereich Wirtschaft und Beschäftigung dominierte angesichts der Wirtschaftskrise und der dringenden Notwendigkeit, die bestehenden Regulierungs- und Kontrollmöglichkeiten der Politik im Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik zu verbessern, die Tagesordnung. Schweden ist es gelungen, ohne dass die Präsidentschaft mit einem außergewöhnlichen Führungsstil präsent gewesen wäre, weitreichende Fortschritte und Ergebnisse in diesem Bereich zu erzielen.⁶

Die schwedische Präsidentschaft gab sich im Vorfeld der Weltklimakonferenz in Kopenhagen sehr ambitioniert, schaltete jedoch einen Gang zurück, als der Gipfel näher rückte und passte ihre Erwartungen schnell realistischen Zielen an. Die Verhandlungen von Kopenhagen blieben weit hinter den in sie gesetzten Hoffnungen zurück. Auch wenn die schwedische Präsidentschaft einiges an Kritik einstecken musste, wurde sie nicht von allen

4 Fredrik Langdal/Göran von Sydow: Introduction: Interim judgements of the Swedish EU presidency“, S. 7-14, in: dies.: The Swedish Presidency: European perspectives, SIEPS 2009: 3op.

5 Desmond Dinan: Institutions and Governance: A New Treaty, a Newly Elected Parliament and a New Commission, *Journal of Common Market Studies*, 48, 2010, S. 95-118; Fredrik Langdal: An Evaluation of the Swedish EU presidency. Difficult Setting, Pragmatic Style and Mixed Results (ARI), Madrid 2010.

6 Lee Miles: The Swedish Presidency, in: *Journal of Common Market Studies*, 48, 2010, S. 81-93.

für das Versagen von Kopenhagen verantwortlich gemacht. Stattdessen wurden während ihrer EU-Präsidentschaft im Vorfeld der Vorbereitung des Gipfels ziemlich ehrgeizige EU-interne Vorgaben vereinbart, ein Erfolg, insbesondere angesichts des wirtschaftlichen Abschwungs in vielen EU-Staaten. Den Schweden ist es zwar gelungen, eine EU-weite Übereinkunft über Finanzierungs- und Emissionsgrenzen zu erzielen. Die ehrgeizigen Bestrebungen der Europäer fanden allerdings keinen Anklang in Kopenhagen, dafür lässt sich aber wohl kaum die EU oder ihre Präsidentschaft allein verantwortlich machen.⁷

Das Stockholm-Programm entstand u.a. aus der Notwendigkeit, das bisherige Haager Programms zur Stärkung von Freiheit, Sicherheit und Recht in der Europäischen Union zu ersetzen. Das Fünfjahresprogramm (2010-2014) behandelt verschiedene Bereiche wie innere Sicherheit, Migration, die Bekämpfung der organisierten Kriminalität mit den Schwerpunkten Kinderpornographie, Computerkriminalität, Menschenhandel, Wirtschafts- und Finanzkriminalität sowie Drogenhandel und Terrorismusbekämpfung.⁸ Vorbereitet von der schwedischen Präsidentschaft wurde es dem Europäischen Rat am 10. und 11. Dezember 2009 erfolgreich zur endgültigen Abstimmung durch die Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfel in Brüssel vorgelegt und entspricht in großen Teilen den schwedischen Erwartungen. Da das Programm einen integrationspolitisch besonders umstrittenen Gegenstandsbereich abdeckt, reichte die Kritik an dem Programm von „zu ehrgeizig“ bis „nicht ambitioniert genug“.⁹

Der Vorschlag zur Ostseestrategie der EU-Kommission sollte im zweiten Halbjahr 2009 unter schwedischer Präsidentschaft verabschiedet werden. Damit hielt die schwedische Präsidentschaft eine Trumpfkarte in Händen, da mit dieser Initiative kaum ein Risiko des Scheiterns verbunden war. Die Strategie ist in erster Linie auf die EU-Mitgliedstaaten rund um die Ostsee ausgerichtet und soll dazu dienen, die dringlichsten Probleme der Ostseeregion auf den Gebieten Umwelt, Wirtschaft, Infrastruktur und Sicherheit zu erkennen und zu bewältigen. Sie gilt als innovativ und ihr wird eine Vorreiterrolle auch für andere Regionen in der EU zugedacht.¹⁰ Diese regionale Ostseekooperation unter EU-Regie stößt durchaus auch auf Kritik, da sie letztlich dazu beitragen könnte, den Zusammenhalt der Union als Ganzes zu schwächen. Außerdem wurde sie mehrfach, trotz der Neugier, die ihr als erste Strategie dieser Art zuteil wurde, als eher unbedeutsam und unwirksam abgetan.

In dem Bereich Nachbarschaftspolitik und Europas Rolle in der Welt, der ebenfalls einen der Schwerpunkte der schwedischen Präsidentschaft markierte, waren die Prioritäten der Schweden weniger stark akzentuiert. Dazu zählten die Fortführung bestehender EU-Politiken in den Bereichen der Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik, die Verankerung eines Freihandelsabkommens in der Doha-Runde der Welthandelsorganisation sowie die Stärkung der Union als einflussreicher globaler Akteur.¹¹ Die Erweiterung ist eines der Hauptanliegen der Schweden und zählte zu den allerersten Prioritäten der schwedischen Präsidentschaft im Jahr 2001. Auch von der Bevölkerung wird diese in weiten Teilen mitgetragen.¹² Angesichts dieser Erwartungen gingen die Einschätzungen auseinander, ob die

7 Fredrik Langdal: An Evaluation of the Swedish EU presidency: Difficult Setting, Pragmatic Style and Mixed Results (ARI), Madrid: Elcano Royal Institute 2010; Lee Miles: The Swedish Presidency, in: Journal of Common Market Studies, 48, 2010, S. 81-93.

8 Die schwedische Regierung: Work programme for the Swedish Presidency of the EU, Stockholm 2009.

9 Fredrik Langdal: An Evaluation of the Swedish EU presidency: Difficult Setting, Pragmatic Style and Mixed Results (ARI), Madrid: Elcano Royal Institute 2010.

10 Die schwedische Regierung: Work programme for the Swedish Presidency of the EU, Stockholm 2009.

11 Ebd.

12 Rikard Bengtsson: Utvidningen – Höga förväntningar infrade, S. 71-86, in: Jonas Tallberg: När Europa kom till Sverige – Ordförandeskapet i EU 2001, Stockholm 2009.

erzielten Schritte als Erfolge gelten können. Fortschritte wurden jedenfalls in den Assoziierungsverhandlungen mit Kroatien erzielt, das Umweltkapitel wurde in den Verhandlungen mit der Türkei eröffnet und Serbien und Island unterbreiteten ihre EU-Beitrittsgesuche. Außerdem sicherte die EU den Bürgern aus Serbien, Montenegro und Mazedonien visa-freie Reisefreiheit zu. Hinsichtlich des Freihandelsziele gehörte das Freihandelsabkommen mit Südkorea zu den erwähnenswertesten Erfolgen, es muss allerdings festgestellt werden, dass in den Doha-Verhandlungen kein Durchbruch gelang.

Im Großen und Ganzen war die schwedische Präsidentschaft 2009 weder ein besonders großer Erfolg noch waren mehrere empfindliche Rückschläge zu verkraften. Von der schwedischen Präsidentschaft wird letztlich wohl kaum etwas anderes in Erinnerung bleiben, als das von ihr besonders geförderte Anliegen, nämlich die wichtigsten Rahmenbedingungen – allen voran den Vertrag von Lissabon – für das europäische Regieren zu sichern.¹³

Die Wahlkampagne zu den Parlamentswahlen 2010

In Schweden waren für den 19. September 2010 die Parlamentswahlen angesetzt. Die regierende „Allianz“-Koalition unter Fredrik Reinfeldt setzt sich zusammen aus vier Mitte-rechts-Parteien. Bei den letzten Wahlen 2006 hatten sich die Konservative Partei, die liberalen Volkspartei, die Zentrumsparterei und die Christdemokraten zu diesem Parteienblock zusammengeschlossen, um die seit vielen Jahren regierende Sozialdemokratie abzulösen. Nachdem sie mit dieser Strategie seit 2006 die Regierung stellen, hoffte man nun diesen Erfolg wiederholen zu können und trat auch 2010 wieder gemeinsam als Allianz an. Nach ihrem historisch schlechtesten Wahlergebnis 2006 hatten sich die Sozialdemokraten einigen parteiinternen Neuerungen in der Hoffnungen unterworfen, so ihre Chancen bei den nächsten Wahlen zu verbessern und wieder an die Regierung gewählt zu werden. Die Sozialdemokraten hatten sich im Einklang mit diesem Politikwechsel ebenfalls dazu entschlossen, einen Oppositionsblock mit der Linkspartei und den Grünen, mit denen sie bereits 2006 die Regierung gestellt hatten, zu bilden. Die Absicht hinter der gemeinsamen Wahlkampagne war die Bildung einer rot-grünen Regierungskoalition, in der – sollten die Wahlen gewonnen werden – auch die Linkspartei und die Grünen Ministerposten erhalten sollten, ein Zugeständnis zu dem die Sozialdemokraten bisher nicht bereit gewesen waren.

Europaangelegenheiten waren, wie üblich, kaum ein Thema in den Wahlkampagnen zu den Parlamentswahlen. Die politische Landschaft in Schweden hat sich verändert und spaltet die Fronten in zwei klar voneinander getrennte politische Lager, die jeweils ihr Parteiprogramm gemeinsam vorstellten. Als die Sozialdemokraten noch im Amt waren, waren sie sich der Unterstützung der Linkspartei und der Grünen bei allen Themen sicher – außer wenn es sich um EU-Fragen handelte. Sowohl die Linken wie die Grüne Partei haben einen schwedischen EU-Austritt gefordert. Auf ihrem Parteikongress 2008 hatten die Grünen diese Forderung jedoch aufgegeben und die schwedische EU-Mitgliedschaft letztlich akzeptiert, auch wenn sie dieser weiterhin kritisch gegenüberstehen.¹⁴ Die Linkspartei hatte sich nicht von ihren Austrittsforderungen distanziert, vertrat diese allerdings mit Blick auf die mögliche Bildung einer Koalitionsregierung mit den Sozialdemokraten ab 2010 viel moderater als bisher. Für die Sozialdemokraten stellten diese Vorbehalte gegenüber der schwedischen EU-Mitgliedschaft lange ein großes Hindernis für eine gemeinsame Regierungsbildung dar.¹⁵ Ende Juni 2010 konnten die Differenzen im Linksblock über die Europapolitik

13 Lee Miles: The Swedish Presidency, in: *Journal of Common Market Studies*, 48, 2010, S. 81-93, hier S. 92.

14 Miljöpartiet, Pressemitteilung vom 06.10.2008.

beigelegt werden. Die Einigung erhielt eine weitaus weniger EU-kritische Haltung, als diejenige, für die die Linken und die Grüne Partei stehen. Das gemeinsame Wahlprogramm enthält nicht die Austrittsforderung der Linkspartei und eine ganze Reihe zuvor strittiger Fragen waren in den Verhandlungen zwischen den rot-grünen Parteien geklärt worden.¹⁶

Während der Wahlkampagne kam eine Diskussion auf, ob in den nächsten vier Jahren ein Referendum über die schwedische Mitgliedschaft in der Wirtschafts- und Währungsunion durchgeführt werden sollte. Der Linksblock zeigte sich skeptisch, lediglich die Sozialdemokraten sprachen sich für den Euro aus, verkündeten jedoch, dass ein Referendum in der kommenden Wahlperiode noch zu nah an dem letzten Referendum von 2003 liegen würde. Der potenzielle Beitritt zur Wirtschafts- und Währungsunion war bereits 2009 vor den Europawahlen Gegenstand der Debatte und wurde während der Wahlkampagne 2010 von Parteimitgliedern der Mitte-rechts-Regierung auf die Tagesordnung gesetzt. Für ein baldiges Referendum dürfte es keine allgemeine Unterstützung geben. Einigen Parteien scheint es jedoch daran gelegen zu sein, die Diskussion über die Vor- und Nachteile der Wirtschafts- und Währungsunion weiterhin auf der Agenda zu halten.¹⁷

Bei den beiden letzten Europawahlen 2004 und 2009 erhielten auch zwei neue Gruppierungen Sitze im Europäischen Parlament. Im Jahr 2004 wurde die EU-kritische Juniliste mit einem Abgeordneten ins Europaparlament gewählt. Ihr gelang es bei den Wahlen von 2009 jedoch nicht, erneut gewählt zu werden. Stattdessen punktete diesmal die Piratenpartei, die zunächst über einen Abgeordneten, und nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon sogar über zwei Abgeordnete im Europäischen Parlament verfügt. Der Piratenpartei ist es mit ihrem Anliegen auf informationelle Selbstbestimmung, insbesondere im Internet, gelungen, 7,1 Prozent der Stimmen zu erhalten. Beide Parteien fällt es viel schwieriger, in nationale Gremien gewählt zu werden. Der wichtigste Konkurrent im Inland sind die rechtspopulistischen Nationalisten der Schwedendemokraten. Der Erfolg der Piratenpartei bei den Europawahlen 2009 war vermutlich auf Kosten der Schwedendemokraten möglich, da beide Parteien eine ähnliche Wählerklientel ansprechen. Diese Wählergruppe – überwiegend junge Männer¹⁸ – dürfte bei den Parlamentswahlen voraussichtlich wieder die Schwedendemokraten unterstützen. Die Schwedendemokraten, die bisher lediglich auf lokaler und regionaler Ebene in Entscheidungsgremien gewählt wurden, zeigen sich ziemlich siegessicher, was ihre Chancen nun auch auf nationaler Ebene betrifft. Beide politischen Lager haben wiederholt betont, dass eine Regierungsbildung unter Beteiligung der Schwedendemokraten keine gangbare Option ist, selbst dann nicht, wenn beide Blöcke auf eigene Mehrheiten im Parlament verzichten müssten.¹⁹ Es bleibt abzuwarten, wie sich nach den Wahlen im September 2010 der Balanceakt mit den EU-kritischen Schwedendemokraten zwischen den beiden großen politischen Lagern im schwedischen Riksdag auf die schwedische Europapolitik insgesamt auswirken wird.

Weiterführende Literatur

Fredrik Langdal: An Evaluation of the Swedish EU presidency: Difficult Setting, Pragmatic Style and Mixed Results (ARI), Madrid: Elcano Royal Institute 2010.

Lee Miles: The Swedish Presidency, in: *Journal of Common Market Studies*, 48, 2010, S. 81-93.

15 Dagens nyheter: „Ett parti som alla andra“ vom 07.10.2008.

16 Henrik Brors: Rödgröna enade om EU-politiken, Dagens nyheter vom 27.06.2010.

17 Anna Kinberg Batra/Roger Tiefensee/Stefan Attefall: Dags att på nytt debattera om Sverige ska införa Euron, Dagens nyheter vom 14.01.2010.

18 Mikael Persson/Henrik Oscarsson: Piratpartiets sympatisörer, S. 241-249, in: Sören Holmberg/Lennart Weibull (Hrsg.), *Svensk höst*, Göteborg 2009.

19 Susanne Jacobsson/Erika Svantesson: Ingen villig att samarbeta med sd, Dagens nyheter vom 10.07.2008.